L1NEU Gegen Nazis Hand in Hand - Antifa und Widerstand

Gremium:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt
Beschlussdatum:	29.02.2024
Tagesordnungspunkt:	3.1 Leitantrag

Antragstext

Zwischen Rechtsruck und “Remigration”

Die Umfragewerte für rechtsextreme Parteien wie die AfD steigen unaufhörlich an, während rechte Ideologien nicht mehr nur am Rande, sondern in der Mitte unserer Gesellschaft salonfähig werden. Diese verheerende Entwicklung ist nicht nur eine politische Tendenz, sondern eine gesamtgesellschaftliche Welle , die die Grundpfeiler unserer freiheitlich demokratischen Ordnung bedroht.

Inmitten dieser Entwicklung trafen sich in Potsdam Vertreter*innen rechtsextremistischer Gruppierungen, wie der AfD, Industriellen und Mitgliedern der Werte Union. Unter ihnen war auch der Fraktionsvorsitzende der AfD Sachsen-Anhalt, Ulrich Siegmund. Gemeinsam sprachen sie unter dem Begriff der “Remigration” über die millionenfachen Deportationen aus Deutschland.

Diese extremistischen Ansichten verdeutlichen die Tragweite des gesellschaftlichen Rechtsrucks und zeigen ganz klar, dass die Bedrohung durch rechte Ideologien nicht länger nur eine politische Frage, sondern auch eine existenzielle Herausforderung ist, der wir mit aller Entschlossenheit und Einigkeit entgegentreten müssen, um unsere freie Gesellschaft zu bewahren.

Hand in Hand für Antifaschismus

Die gesellschaftliche Ablehnung des zunehmenden Rechtsruck findet ihren Ausdruck in den beeindruckend großen und gut besuchten Demos gegen Rechts. Diese Demonstrationen sind nicht nur ein Zeichen des Protests, sondern auch ein eindrücklicher Beweis dafür, dass in der Zivilgesellschaft der Rechtsextremismus als die existenzielle Gefahr angesehen wird, die er ist. Millionen von Menschen aus allen Gesellschaftsschichten und Altersgruppen vereinen sich, um gemeinsam gegen Hass, Ausgrenzung und rechte Ideologien zu kämpfen. Ihre Präsenz auf den Straßen ist ein starkes Signal der Solidarität und des Widerstands gegen diejenigen, die unsere Demokratie und unsere Werte bedrohen.

Die breite Mobilisierung und die vielfältige Beteiligung zeigen, dass die Menschen bereit sind, aktiv gegen rechte Ideologien einzutreten und sich für eine Gesellschaft ohne Hass und Ausgrenzung einzusetzen. Die Demos gegen Rechts sind nicht nur eine Reaktion auf aktuelle Ereignisse, sondern auch ein Ausdruck des tief verwurzelten Bedürfnisses nach sozialer Gerechtigkeit und Solidarität. Sie sind ein Beweis dafür, dass die Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung von Rechtsruck und rechtsextremen Tendenzen spielt.

Es wird zunehmend erkannt, dass die rechte Ausgrenzung nicht nur Asylbewerber*innen betrifft, sondern alle, die nicht in das völkische Bild der AfD passen oder sich nicht dem rechten Gedankengut beugen wollen. Diese Ausgrenzung erstreckt sich über alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und bedroht die Grundpfeiler unserer Demokratie. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir uns als Zivilgesellschaft geschlossen gegen diese Entwicklung stellen und deutlich machen, dass wir für eine offene,

pluralistische Gesellschaft eintreten, in der jeder Mensch gleiche Rechte und Würde hat.

Antifaschismus und seine Wurzeln

Das antifaschistische Engagement erfordert eine aktive Auseinandersetzung mit rechter Einflussnahme in allen gesellschaftlichen Bereichen. Dabei stehen die Ziele und Grundsätze des Antifaschismus im Mittelpunkt: die Verteidigung der Demokratie und Menschenrechte sowie der Einsatz für eine offene, vielfältige Gesellschaft ohne Diskriminierung und Ausgrenzung. Solidarität und Empathie spielen eine entscheidende Rolle, indem Opfer rechter Gewalt und Diskriminierung unterstützt werden und sich für eine solidarische Gesellschaft eingesetzt wird.

In diesem Kontext ist es unerlässlich, den Antikapitalismus als Teil des Antifaschismus zu verstehen. Der westliche Kapitalismus verstärkt die soziale und materielle Ungleichheit, wobei migrantisierte Menschen auf besondere Weise betroffen sind. Deshalb sind die Bekämpfung von Rechtsruck und Ungerechtigkeit untrennbar. Nur durch eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaftsstrukturen können wir langfristig gegen Ausgrenzung und Diskriminierung vorgehen und eine gerechtere Welt für alle schaffen. Es ist an der Zeit, dass wir uns gemeinsam für eine Gesellschaft einsetzen, die auf Solidarität, Gleichheit und Menschlichkeit basiert, und uns entschlossen gegen jede Form von Unterdrückung und Ausbeutung stellen.

Die Rolle der Politik im Kampf gegen den Faschismus

Nicht nur aus der Zivilgesellschaft oder den unzähligen Demonstrationen, die in den Städten und Dörfern überall in Deutschland stattfinden, werden die Rufe nach der Verteidigung unserer Demokratie und dem Kampf gegen den Faschismus laut. Auch aus allen demokratischen Parteien in Deutschland hört man Bekenntnisse für eine demokratische Gesellschaft und eine klare Kante gegen den Faschismus. Diese sind in der Regel mit der Forderung verbunden, dass jetzt alle demokratischen Kräfte gemeinsam an einem Strang ziehen müssen, um dem anwachsenden Rechtsextremismus in diesem Land standhalten zu können.

Durch dieses Bekenntnis für die Demokratie und gegen faschistische Kräfte in Deutschland verzeichnen vor allem die vermeintlich linken Parteien einen signifikanten Mitgliederzuwachs. Die Grünen konnten beispielsweise im Januar 2024 mehr als 4500 Neumitglieder verzeichnen, so viele wie selten zuvor. Aus dieser Bewegung müssen jetzt jedoch auch Taten folgen.

Antifa heißt Wohlfahrtsstaat

Richtig ist, dass der Kampf gegen den massiven Rechtsextremismus in der Gesellschaft und die Zustimmungswerte zu rechtsextremen Parteien wie der AfD den Zusammenhalt aller demokratischen Kräfte benötigt. Richtig ist aber auch, dass die Politik sich ihrer herausgestellten Rolle in dieser Situation bewusst sein muss. Denn die Wahlerfolge und Stärke rechtsextremer Gruppierungen und Parteien wie der AfD ist nicht rein zufällig geschehen. Der Nährboden rechtsextremer Politik liegt nämlich zum Teil auch in der Unzufriedenheit der Gesellschaft. Die multiplen Krisen der letzten Jahre, sei es die Inflation, Kriege, die mit großen Flüchtlingsbewegungen einher gingen oder die Energiekrise, haben ungemein zum Erstarken der AfD beigetragen. Denn die AfD liefert einfache Scheinlösungen auf die schweren und komplizierten Krisen und Fragen unserer Zeit. Dass diese Antworten nicht nur grundlegend falsch, sondern auch eine reelle Gefahr für uns

alle darstellen, scheint keine besondere Rolle für deren Sympathisant*innen zu spielen.

Die Politik der letzten Jahre hat es an vielen Stellen versäumt, auf die Sorgen der Menschen und die multiplen Krisen in diesem Land sozialgerechte Antworten zu liefern. Statt einer sozialen Politik wurden in weiten Teilen der Parteienlandschaft die rechten Narrative der AfD unverändert oder in abgeschwächter Form übernommen. Dadurch rückte der politische Diskurs in Deutschland immer weiter nach rechts. Das stärkt am Ende nur die AfD selbst.

Gegen rechtsextreme Politik hat es und wird es auch nie helfen, wenn die anderen politischen Kräfte auch mit ihrem Diskurs und ihren Positionen weiter nach rechts rücken. Uns allen sollte klar sein, dass gegen eine rechtsextreme Politik nur eine linke und soziale Politik für die Menschen hilft. Die etablierten Parteien tragen somit eine Mitschuld am Erstarken der AfD und deshalb ist es jetzt essenziell, dass man hier gegensteuert.

Der Ausspruch „Antifa heißt Wohlfahrtsstaat" darf nicht länger nur eine lose Floskel sein, sondern muss zu einem starken Bekenntnis für eine Politik werden, die die Menschen endlich wieder in den Mittelpunkt ihres Schaffens setzt.

Deshalb fordern wir:

Antifa heißt Wohlfahrtsstaat!

Gerade in Zeiten von Krisen ist es wichtig, die Grundbedürfnisse aller Menschen abzusichern und die Möglichkeit auf soziale Teilhabe zu garantieren! Es braucht höhere Löhne, mehr Geld für Kinder- und Jugendhilfe geben, elternunabhängiges BAföG und eine Anhebung der Kindergrundsicherung. Außerdem fordern wir bezahlbaren Wohnraum, denn es geht Menschen nur gut, wenn sie ein sicheres Dach über dem Kopf haben und sich den nächsten Wocheneinkauf leisten können!

Frühzeitige Aufklärung und Bildungsarbeit

Rechtsextreme Ideologien sind eine Gefahr für unsere Demokratie. Insbesondere, wenn sie einfach ungefiltert in den Sozialen Medien, wie auf TikTok oder Instagram landen. Wir setzen uns für Aufklärung und Einordnung von rechtsextremen Ideologien ein, sodass sich alle über die Gefahren dieser Inhalte klar werden können. Diese Aufklärung muss sowohl in Bildungseinrichtungen als auch in der Öffentlichkeit stattfinden.

Solidarität mit Betroffenen!

Rechtsextreme Ideologien stellen für uns alle eine Gefahr dar. Bestimmte Menschengruppen sind durch die aktuelle Bedrohung durch AfD und co. aber in besonderem Maße getroffen. Wir müssen insbesondere marginalisierte und von Hass betroffene Gruppen vor rechter Gewalt schützen und empowern, damit sie ihre Stimme nutzen können. Hierfür muss unser Verband ein sicherer Anlaufpunkt für genau diese Menschen werden, ihnen solidarisch zur Seite stehen und ihnen ermöglichen, sich zusammenzutun und Banden zu bilden.

Zivilgesellschaftliches Engagement stärken!

Auch die Zivilgesellschaft darf nicht außen vor gelassen werden. Besonders die „Proteste gegen Rechts" zeigen was für eine starke und laute Botschaft eine aufgeweckte Zivilgesellschaft aufzeigen kann. Wir wollen diese Proteste und

Demonstrationen fördern, indem wir dort ebenfalls Gesicht und Solidarität zeigen. Es ist gerade jetzt wichtig, dass diese zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rechts nicht an Motivation und Kraft verlieren. Gleichzeitig muss
auch hier — besonders bei Protesten, die von den Regierungsparteien mitorganisiert werden — ein deutliches Zeichen gegen die Sparmaßnahmen der Ampel und für eine echte Sozialpolitik gesetzt werden. Außerdem verurteilen wir jegliche rassistische Verwertungslogik, wie sie auch auf den aktuellen Demos zu sehen ist.

Abgrenzung von Rechts auf allen politischen Ebenen!

Wir dürfen nicht hinnehmen, dass die Grenze nach rechts in der Politik immer wieder überschritten wird! Durch dieses Verhalten werden rechte Gedanken und Ideen immer weiter in die gesellschaftliche Mitte getragen. Aus diesem Grund fordern wir sowohl inhaltliche als auch personelle Abgrenzungen von jeglichen rechten Parteien, Organisationen und Institutionen in der Politik, nicht nur auf Bundes-, sondern auch auf Landes- und Kommunalebene.